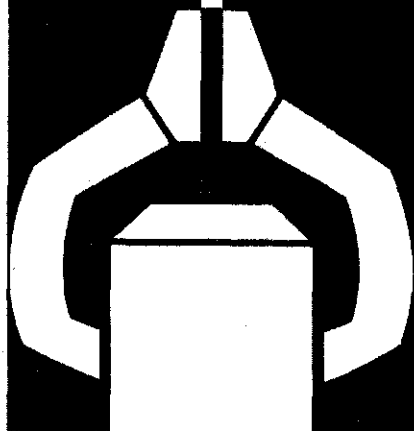


stabil



Wellpappe

gewährleistet hohe Transportsicherheit.

Gemeinschaftliches Bemühen der Mitgliedsfirmen des

VDW

Verband der Wellpappen-Industrie e. V.

um Fortschritt und Qualität ermöglicht einen Leistungsstand, der allen Ansprüchen und Wünschen der verpackenden Wirtschaft entspricht.

HM-PIPP



und indirekten Einflüssen, die die Familie auf psychologische, pädagogische und finanzielle Art ausübt."

Aus Sorge, daß Proteste herkömmlicher Art die Verabschiedung des neuen Gesetzes nicht verhindern könnten, fuhren daher die 17 Protestanten in ihren eigenen Personenwagen zum Familienministerium an der Bad Godesberger Kennedyallee, stellten sich beim Pförtner als Sozialreferenten vor und heischten Entree bei der Ministerin. Zuvor hatten sie sich bei deren Sekretariat vergewissert, daß Frau Brauksiepe im Hause war.

Als der Pförtner zum Telephon ging, um die Besucher anzumelden, stürmten die Studenten die Treppe hinauf. Im ersten Stock hielten sie einen Beamten an und erkundigten sich nach der Lage des Chefszimmers. Antwort: „Dritter Stock, links, Zimmer 335.“

Im Ministervorzimmer versuchte eine Sekretärin, die Eindringlinge aufzuhalten: „Sie können jetzt nicht rein, Frau Minister hat wichtige Termine.“ Der Stoßtrupp drängte mit dem Bescheid vorbei: „Die Tour kennen wir.“

Die Christdemokratin, erst seit vier Wochen als Nachfolger Bruno Hecks im Amt, empfing die Demonstranten gelassen. Nachdem sie den Besuchsgrund erfahren hatte, bat sie, Platz zu nehmen, und fragte: „Darf ich meinen Kaffee weiter trinken?“ Antwort: „Bitte, wir sind gegen jede Art von Repression.“

Da die Sitzcke der Ministerin für so viele Besucher nicht ausreichte, hockten sich ein paar Studenten, „wie das ja auch in Oxford so Sitte ist“ (Brauksiepe), auf den Perserteppich, den die Stiftung Preußischer Kulturbesitz dem Ministerium geliehen hat.

Die weil die Apo ihre Kritik vortrug, hasteten vier Herren ins Zimmer: Staatssekretär Barth, Ministerialrat Rothe sowie die Brauksiepe-Referenten Klingenburg (Presse) und Raabe (Persönliches).

Ein Student rügte: „Die Bundesregierung geht nicht von der Fragestellung aus, was müssen wir sozial und bildungspolitisch tun und wo bekommen wir das Geld dafür her, sondern sie fragt, wieviel Geld haben wir, und was können wir damit tun.“ Die Ministerin fragte zurück, woher sie denn mehr Geld bekommen solle. Da rief ein Student: „Phantom“. Aber ehe er erläutern konnte, warum er die Anschaffung von 88 Phantom-Aufklärern zum Stückpreis von 23 Millionen Mark für falsch halte, beschied ihn Staatssekretär Barth: „So können wir nicht miteinander reden, das ist ja eine politische Frage.“

Daraufhin bot Frau Brauksiepe an, noch einmal zu einem Gespräch zusammenzukommen. „Bis dahin können dann alle Beteiligten ihr Material austauschen und studieren“, sagte die Ministerin und erhob die Studenten in den Status von Experten, damit das Ministerium ihre Reisekosten ordnungsgemäß verbuchen kann. Zu den geladenen Experten zählt die Sozialreferentin der Universität Münster, eine Studentin im ersten Semester, „blutung und ein witziges Aas“ (Brauksiepe).

Als sich die Ministerin per Handschlag von den Studentinnen verabschiedete, raunzte Ministerialrat Rothe den VDS-Kombattanten Kegler an: „Ich habe kein Verständnis für die Art, wie Sie das hier machen. Das verstößt doch gegen die simpelsten Regeln der Kinderstube.“ Den Beamten ärgerte, daß noch ein paar Studenten auf dem Boden saßen, als die Ministerin bereits aufgestanden war, und „ihr sozusagen unter den Rock guckten“.

Frau Brauksiepe hatte mehr Verständnis für den Apo-Auftritt: „Man muß mit solchen Überraschungen rechnen, denn wir sollten nicht ganz so überzeugt sein, daß wir immer im Recht sind.“

BUNDESWEHR-DIEBSTÄHLE

Blaue Dragoner

Mit einem gestohlenen Navigationsgerät irrten die Ostagenten Knoppe und Linowski nächstens eine Stunde lang am Zaun des bayrischen Fliegerhorsts Zell umher, ehe sie ihren dritten Mann mit dem Auto fanden. Kein Bewacher störte sie.



Bundeswehr-Wachmann
Rentner am Zaun

Auch als die beiden später für Moskau eine drei Meter lange „Sidewinder“-Rakete aus dem Zeller Depot geholt hatten und das Geschloß auf schleppender Sackkarre über die Rollbahn abtransportierten, fielen sie den Wächtern nicht auf. Begründung: Es herrschte Bodennebel, und die Wachhunde taten keinen Dienst, weil Ratte giftig ausgelegt war.

Den Wachdienst in Zell versehen Zivilisten im Rentner-Alter. Als einzige Armee der Welt hat die Bundeswehr von Anfang an ihre Soldaten soweit wie möglich vom Wacheschießen befreit, damit mehr Zeit für die Ausbildung bleibt.

Etwa 5300 Rentner (Truppen-Jargon: „Blaue Dragoner“) bessern ihre Bezüge als Wächter bei den Streitkräften.

ten auf. Ein Oberstleutnant: „Das ist vielleicht eine soziale Tat, aber in der Praxis eine Farce.“

Im Dienst der Bundeswehr stand zum Beispiel ein alter Wachmann, der stets gegen Mitternacht Kaffeedurst verspürte. Er knotete dann die Leine seines Hundes an den Fahnenmast und besuchte seine in der Nähe wohnende Schwiegertochter. Schäferhündin Becky hütete derweil allein das Bundeswehr-Gerätelager. Muggensturm bei Rastatt. Dessen Inhalt: Fahrzeuge, Ausrüstung, scharfe Munition und Waffen für mehrere tausend Reservisten.

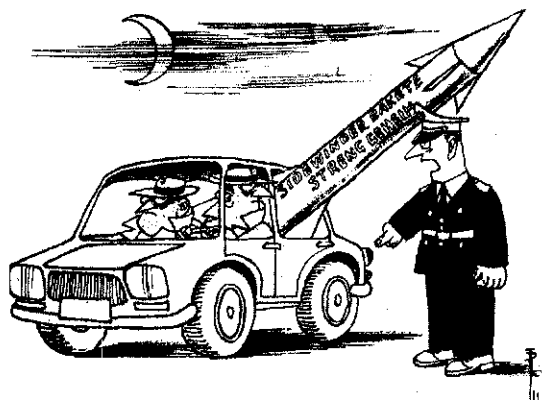
Im selben Lager kam ein Wach-Dräger vergangener Sommer blau zum Dienst und bedrohte einen Zivilisten mit der Pistole; der Mann nahm ihm die Waffe weg und holte die Polizei.

An der Artillerieschule Idar-Oberstein hatte ein ziviler Wachmann Fahrzeuge, Geschütze und Raketen zu sichern. Weil er schwerhörig war, wurde ihm ein Hund beigeordnet. Das Tier war taub.

Oberstleutnant Lübbert vom Verteilungsministerium: „Aber durchweg sind die Männer in Ordnung. In Hannover hatten wir einen Ostpreußen, den nannten wir ‚Hindenburg‘ wegen seines Schnauzbarts. Der ersetzte zehn Soldaten.“

Wo die Soldaten Wache stehen, vorwiegend an den Kasernentoren, sind auch sie der Aufgabe nicht immer gewachsen. Nach Dienstschaft beispielsweise stauen sich die Autos der Zivilangestellten und Militärs oft derart an der Ausfahrt, daß der Posten die Einzelkontrolle jedes Wagens scheut.

Obwohl die Diebstähle aus Bundeswehr-Anlagen sich so häuften, „daß man schon eine ganze Brigade mit geklauten Waffen ausrüsten kann“ (ein Major aus Hardheim), ist Abhilfe nicht in Sicht. Der Sicherheitsoffizier eines Jagdbomber-Geschwaders plädiert für „eine Art ‚Air-Police‘, wie sie die Amis haben, mit doppeltem Sold und bei Wachvergehen Rausschmiß“. Aber ein Regierungsrat der zuständigen Wehrbereichsverwaltung resigniert: „Wir können nichts machen. Ein Gewehr kostet 200 Mark, eine komplette Bewachung ist teurer.“



Hannoversche Presse
„Ihr rechtes Rücklicht flackert“

Die billigste Lösung fand die Bundeswehr für zwei Depots im Bodenseegebiet, in denen Versorgungsgüter und Waffen für mehrere Millionen Mark lagern. Die dort beschäftigten Zivilarbeiter hatten sich erboten, nach Feierabend für einen Stundenlohn von drei Mark die Lager per Fahrrad zu umrunden. Aber die sparsame Bundeswehr lehnte ab.

Die Lager sind nach 17.15 Uhr nun gänzlich unbewacht.

SCHILLER

Leiche im Herbst

Im zweiten Obergeschoß des Berliner Reichstages sammelte der CDU-Millionär Rembert van Delden Stimmen. Mit seiner Unterschriftenaktion bei den Fraktionskollegen spannte der westfälische Jutespinner und Bundestagsabgeordnete letzte Woche in Berlin einen neuen Stolperdraht für den bisher erfolgreichsten SPD-Minister der schwarz-roten Koalition, Karl Schiller.

Auf van Deldens Initiative hin beschloß der Arbeitskreis „Wirtschaft“ der CDU/CSU-Fraktion, den „Entwurf eines Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen“ abzulehnen, den die SPD-Minister Schiller (Wirtschaft) und Helmenann (Justiz) vorgelegt hatten. Statt dessen wollen die industriefreundlichen Christdemokraten ein eigenes Gesetz aus der Feder des Teilhabers und Vorstandes der Westfälischen Jute-Spinnerei und -Weberei AG van Delden präsentieren.

Damit droht Schiller die zweite schwere Koalitions-Niederlage binnen 14 Tagen. Schon in der vorletzten Woche hatte der Wirtschaftsminister nach energischen Attacken der CDU-Mittelständler kapituliert und einen Gesetzesentwurf zurückgezogen, der die Preisbindung für Markenartikel verbieten sollte (SPIEGEL 44/68).

Schillers Publizitätsgesetz soll erstmals alle deutschen Großunternehmer zwingen, von 1970 an öffentlich in Geschäftsberichten Rechenschaft über Kapital und Schulden, Umsatz und Gewinn ihrer Firmen zu legen. Noch in diesem Jahr sollte das Gesetz beschlossen und verkündet werden.

Bislang müssen nur Aktiengesellschaften die Öffentlichkeit über ihr Soll und Haben informieren. Deutschlands reichste Herren Friedrich Flick (Daimler-Benz, Feldmühle, Dynamit Nobel), Herbert Quandt (BMW, Varta) und Rudolf-August Oetker (Reedereien, Brauereien, Banken) dürfen die Folianten geschlossen halten, weil ihre Holding-Gesellschaften nicht als AG, sondern als KG, GmbH, GmbH und Co., GmbH und Co. KG oder als Einzelfirma im Handelsregister eingetragen sind.

Erst die Beinahe-Pleite bei Krupp im Frühjahr 1967 machte die Risiken solcher Geheimniskrämerei offenkundig: Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen mußten damals für



Schiller-Gegner van Delden
Gewinne weiterhin geheim?

eine halbe Milliarde Mark Krupp-Schulden bürgen, um 100 000 Beschäftigten der Einzelfirma Fried. Krupp die Arbeitsplätze zu erhalten.

Nach Schillers Vorlage sollen nun außer den Aktiengesellschaften etwa 80 deutsche Großfirmen, die zwei von drei gesetzlich festgelegten Kriterien erfüllen — eine Bilanzsumme von mehr als 125 Millionen Mark, mehr als 250 Millionen Mark Umsatz oder über 5000 Arbeitnehmer —, unabhängig von ihrer Rechtsform alljährlich Bericht erstatten. Die Veröffentlichung muß die gesamte Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Schon im Mai, als das Bundeskabinett über den Schiller-Entwurf beriet, äußerten die Christdemokraten der Regierung Bedenken. Nur zaudernd und zögernd erteilten sie dem Ansinnen ihres roten Koalitionspartners die Weihe einer Kabinettsvorlage.

Jetzt im Herbst, zwölf Monate vor den Wahlen zum Bundestag, meutert Kiesingers Fraktion offen. Mit dem Van-Delden-Papier hofft sie, Publizitäts-Freund Schiller abzuschmettern und sich bei der von Investivlohn- und Mitbestimmungsplänen bedrängten Großindustrie lieb Kind zu machen.

Nach dem Van-Delden-Plan soll den Wirtschaftsbossen nicht zugemutet werden, den detaillierten aktienrechtlichen Vorschriften entsprechend zu berichten. CDU/CSU schützen in Sonderheit das Allerheiligste der Unternehmer, den Gewinn. Er soll auch weiterhin geheim bleiben. Van Delden: „Das gehört doch nicht auf die Straße.“

Schillers Gesetzes-Kontrahent will lediglich eine grobe und unaufgeschlüsselte Bilanz veröffentlicht sehen, die keinen Einblick in die finanzielle Intimsphäre der Industriellen erlaubt. Vor allem die Gewinn- und Verlustrechnung soll unter Verschluss bleiben.

Selbst dieser Mini-Striptease wird den Unternehmern womöglich noch erspart bleiben. Der Vorsitzende des federführenden Bundestags-Rechts-